

Die Zukunft

Zentralorgan

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Parteigenossen! Vergesst der Familien der Inhaftirten nicht.

An unsere Leser!

Die erste Ausgabe unserer heutigen Nummer wurde von der Staatsanwaltschaft konfisziert. Beantwundet waren mehrere Stellen im ersten und zweiten Artikel und eine längere Korrespondenz aus Floridsdorf. Wir ersetzen die gestrichenen Stellen und Artikel durch neuen Stoff und hoffen, daß diese zweite Ausgabe glücklich in die Hände unserer Leser gelangen werde.

Die Redaktion der „Zukunft“.

Zur Beachtung.

Vom 10. Mai l. J. ab befindet sich die Redaktion, Administration und Expedition 6. Bezirk, Gumpendorferstraße 78, wohin dann auch alle Briefe und Geldsendungen zu richten sind.

Mißrecht und Reaktion.

Kaum war die Nachricht von der Ermordung des Zaren bekannt geworden, hörte man auch schon die bekannten Stimmen nach Einschränkung des Mißrechtes, nach internationalen Vereinbarungen gegen die so oft todtgefagte Internationale verlangen. Deutschland und Rußland gingen in diesem Konzerte voraus, und wenn auch die bekannt gewordenen Vorschläge vielfach mit einander in Widerspruch stehen, so harmoniren sie doch auf das Innigste in Bezug auf ihre gemeinsame Tendenz, die herrschende Aufregung über die russischen Attentate zu einer Daß Fürst Bismarck dabei die Hauptrolle spielt, wird Niemanden verwundern, da es sich ja um Reaktion handelt. Von der russischen Regierung wird wol auch Niemand freisinnige Ansichten erwarten.

Ueberraschender war für Viele aber die Bereitwilligkeit, mit der die französische Republik sich zu hergab und die Redakteure der Blätter verurtheilen ließ, die keine Vobeschlimmen auf den verstorbenen Zaren anklimmten. Freilich konnten durch diese Verurtheilungen nur jene leichtfertigen Journalisten überrascht werden, die papageienartig die Frazen von Freiheit und Gleichheit wiederholen, ohne dabei auf die bestehenden sozialen Gegenstände Bedacht zu nehmen, unter deren Einfluß jene Begriffe oft in das Gegentheil ihrer ursprünglichen Bedeutung verkehrt werden.

. würden sie nicht in innigem Kontakte mit den Sozialisten aller Länder stehen, hätten sie nicht kommunistische Elemente in großer Zahl und von bedeutendem Einflusse unter sich, so würde die französische Republik wahrscheinlich eine sympatischere Stellung zu ihnen einnehmen. Es ist aber bekannt, daß die französischen Kommunisten und die russischen Emigranten und Flüchtlinge nicht bloß persönlich, sondern prinzipiell sich sehr nahe stehen und daß die sozialistische Richtung der russischen Revolutionspartei schon seit Bakunin mit den französischen Anarchisten in Fällung ist, Grund genug für die französische Regierung in dieser Richtung mit den monarchistischen Reaktionsären Hand in Hand zu gehen.

Dazu kommt als nicht minder wichtiges Motiv das Bestreben der französischen Regierung und vornehmlich Gambetta's für zukünftige Eventualitäten gegenüber Deutschland sich die Freundschaft Rußlands zu sichern. Ob aber die Macht der Regierung soweit reichen wird, auch gegenüber dem wachsenden Widerstand der Arbeiterbevölkerung auf eine gesetzliche Beschränkung des Mißrechtes nach dem Wunsch der deutschen und anderer Reaktionsäre einzugehen, möchten wir bezweifeln. Leider ist das bestehende Gesetz in Frankreich schon schlecht genug, um der Regierung genügende Handhaben bei Ausweisung politischer Flüchtlinge zu bieten, wie die zahlreichen Ausweisungen deutscher Sozialisten im vorigen Jahre gezeigt haben.

Der Liberalismus des Ministeriums Gladstone hat die irische Zwangsbill nicht verhindert und er würde auch ein Vorgehen gegen die sozialistischen Flüchtlinge in England nicht verhindern, wie der Prozeß gegen Johann Most schon beweist. Allein die Verfolgung könnte in England doch höchstens sich auf die Attentäter oder deren Mithschuldige oder solche ausdehnen, welche zu Attentaten auffordern. Kein politische „Verbrecher“ könnte wol nicht beanständet werden, auch wenn eine englische Regierung den „guten“ Willen zur Verfolgung hätte.

Sobald aber auch nur ein europäischer Staat von Bedeutung nicht in den internationalen Bund gegen die Sozialisten eintritt, ist der Zweck desselben als verfehlt anzusehen, da es bei den heutigen Verkehrsverhältnissen nicht schwierig ist, verbotene Schriften zc. über die Grenzen zu schmuggeln.

Hören wir einmal, was die Reaktionsäre wollen; in der „freien“ Besprechung deutscher Reichsratsabgeordneter aller Frazionen mit Ausnahme der Sozialisten wurde auf Antrag Windhorst's beschlossen, den Reichskanzler zu ersuchen, mit den Regierungen anderer Staaten auf eine Vereinbarung hinzuwirken, wodurch jeder einem solchen Vertrage beitretende Staat sich verpflichtet, a) Mord oder Mordversuch, welcher am Staatsoberhaupt eines der vertragschließenden Staaten verübt wurde; b) die zwischen Mehreren getroffenen Verabredungen des unter a bezeichneten Verbrechens, auch wenn es zum Beginne nicht kommen sollte; c) die öffentliche Auforderung zu dem unter a bezeichneten Verbrechen sowie gegen seine eigenen Angehörigen, als auch gegen die in seinem Gebiete befindlichen Fremden mit Strafe zu bestrafen; d) einen in seinem Gebiete sich aufhaltenden Fremden, welcher das Verbrechen unter a begangen hat, auf Ansuchen der Regierung des Staates, in dem er das Verbrechen verübt, auszuliefern.

Nachdem alle Frazionen des deutschen Reichstages, selbstverständlich mit Ausnahme der Sozialdemokraten, mit gewohnter Dienstfertigkeit ihre Zustimmung zu diesem Antrage erklärt haben, ist an der Annahme desselben nicht zu zweifeln. Fürst Bismarck, für welchen schon sein Sohn erklärt hat, daß derselbe einen solchen Beschluß wünscht, wird höchstens denselben zu wenig weitgehend finden.

Auch in den übrigen Staaten wird Mord oder Mordversuch, am Staatsoberhaupt desselben Staates ausgeübt, ohnehin auch jetzt bestraft, ebenso der Mord oder Mordversuch an einem andern Staatsoberhaupt, wenn derselbe nicht als politischer Verbrecher aufgefaßt wird. Wir erinnern an den Fall Netschajeff in der Schweiz und an die Affaire Hartmann in Paris. Die Aenderung würde also hauptsächlich darin zu bestehen haben, daß Attentäter unter allen Umständen bestraft, respektive ausgeliefert werden und daß jede Aktion einer revolutionären Partei, die sich gegen das Leben irgend eines Staatsoberhauptes richtet, möge sie wo immer eingeleitet werden, sühm gelegt werde.

Wir haben schon oben bemerkt, daß wenn auch nur ein Staat sich einem solchen oder ähnlichen Uebereinkommen nicht anschließt, dasselbe zwecklos wird. Daß aber insbesondere England, Frankreich und wol auch die Schweiz — von Nordamerika sehen wir dabei ab — auf eine Vereinbarung nicht eingehen werden, welche weiter reicht, als das bestehende Recht, haben wir schon oben zu begründen versucht. Die Reaktionsäre an der Spree und an der Kewpa könnten also schon aus diesem Grunde getrost ihr Hülfsgewand in die alte Rumpelkammer werfen, wohin es gleich seinem Vorbilde — der Karlsbader Konvention des Fürsten Metternich — gehört. Aber es gibt auch innere Gründe, die das Vorhaben der Reaktionsäre als zwecklos erscheinen lassen.

Entweder ist das wahr, was sie vorgeben — daß sie nur Attentate verhindern wollen — dann sollten sie doch wissen, daß es unmöglich ist, die Vorbereitung von Attentaten im Auslande zu verhindern, wenn man nicht einmal im Stande ist, sie in einem Lande unmöglich zu machen, wo die Polizei allmächtig ist und auch nicht der Schatten von politischer Freiheit existiert — in Rußland. Sind nicht das Attentat Solowiew's, das Eisenbahnattentat, das Attentat im Winterpalast, das Bombenattentat in Rußland vorbereitet, in Rußland ausgeführt worden? Wurden nicht die Attentate Hödel's und Robiling's ohne irgend welche Einwirkung von Außen in Szene gesetzt?

Was hätten bei allen diesen Attentaten internationale Vereinbarungen helfen sollen? Und wenn Attentate im Auslande vorbereitet würden, würde dies nicht so heimlich geschehen, daß die Polizei in den meisten Fällen erst dann dahinter käme, wenn sie schon ausgeführt wären?

Attentate, wenn sie so epidemisch auftreten, wie gegenwärtig, entspringen aus allgemeinen Ursachen und können nur mit letzteren beseitigt werden; Reaktion ist aber das aller schlechteste Mittel, um dagegen einzuwirken, weil sie die Gegensätze verschärft, und das Verschwörertum künstlich züchtet.

Wollen aber die Reaktionsäre etwas anderes als sie vorgeben, wollen sie nicht gegen Verbrechen einschreiten, sondern Prinzipien bekämpfen, dann müssen wir ihnen erst recht den Rat geben, in ihrem eigenen Interesse nicht Del in's Feuer zu gießen.

Erliedter.

In keinem Gebiete der Wissenschaften sind die Zeitströmungen, die herrschenden Gewalten und deren Interessen von solchem Einflusse auf die Meinungen innerhalb der Vertreter der Wissenschaft selbst, als in den sogenannten politischen Wissenschaften. Da dieselben die materiellen und geistigen Bedürfnisse und deren Befriedigung in den verschiedenen Formen der menschlichen Gesellschaft zum Gegenstande haben, ist es natürlich, daß hier der Kampf um Theorien zugleich der Kampf um soziale Probleme ist, von deren Lösung die Fortdauer gewisser Interessengruppen und zahlreicher ökonomischer und politischer Privilegien abhängt. In der politischen Ökonomie laufen die Systeme des Feudalismus, des Merkantilismus und des Industrialismus parallel mit den wirtschaftlichen Entwicklungsstufen des Ackerbaues, Handels und der Industrie. Mit der Ausbildung der Großindustrie entwickelt sich auch die Theorie der Manchester Schule, deren Lehre in ihrer Vollendung nichts anderes ist als das wissenschaftlich stilisirte Klassenbewußtsein der Großkapitalisten.

Gewerbefreiheit, Freihandel, Aufhebung aller Zuchergesetze, Freiteilbarkeit des Grund und Bodens sind die Schlagworte des Großkapitals, die angeblich durch die ökonomische Wissenschaft begründet, doch nichts anderes darstellen, als die Wege, auf denen, und die Mittel, durch welche sich die Konzentration des Kapitals vollzieht.

Da nicht alle Staaten auf derselben Stufe ökonomischer Entwicklung sich befinden, sind Konflikte wirtschaftlicher Natur zwischen ihnen unausbleiblich, die sich auch wieder in den Köpfen der Vertreter der Wissenschaft theoretisch widerspiegeln. Es sind eben nur wenige Gelehrte vorurteilsfrei und gründlich genug, um in dem Widerstreite der materiellen Interessen verschieden entwickelter Staaten die Grundgesetze ökonomischer Entwicklung wahrzunehmen und festzustellen, aus welchem Umstande sich mit Leichtigkeit die Tatsache erklären läßt, daß die politische Ökonomie in den meisten offiziellen Vertretern der Wissenschaft sich ähnlich national scheidet, wie die wirtschaftlichen Existenzbedingungen der Völker.

Deutschland und Oesterreich machten seit mehr als einem Dezennium eine in den wesentlichen Eigenschaften gleichartige wirtschaftliche Entwicklung durch, die sogar in der Krisis des Jahres 1873 und in dem darauf folgenden Nothstande zum Ausdruck kam. Die Erschütterungen, welche die Krisis in dem ganzen Volksorganismus hervorbrachte, blieben, wie zu erwarten war, auch nicht ohne Einfluß auf die Anschauungen jener zahlreichen Klasse von sogenannten Männern der Wissenschaft, die regelmäßig ihre Theorien nach den Bedürfnissen der Staatsgewalt und der herrschenden Klassen ummudeln.

Ihnen schließen sich jene an, deren geistiger Horizont zu begrenzt ist, um ihre wissenschaftliche Forschung über die Landesgrenzen und die landesübliche Sprache hinaus auszudehnen, und die sich damit begnügen lassen, die Zustände ihres Landes zu studiren, ohne Rücksicht auf die Weiterentwicklung, die dieselben bereits anderwärts erfahren, und ohne die tiefer liegenden Gesetze aufzudecken, die zur bisher erreichten Entwicklung führten und wieder weiter führen müssen.

Es wundert uns daher durchaus nicht, heute einer stattlichen Reihe von sogenannten Vertretern der Wissenschaft zu begegnen, welche die durch Adam Smith be-

gründete und durch Ricardo vollendete ökonomische Wissenschaft zu "verbessern" trachten, indem sie die in unentwickelten Staaten vorgefundenen Zustände als Beweismaterial herbeischleppen und die in kleinkapitalistischen Staaten hervortretenden Erscheinungen als angebliche Widerlegung der Manchesterlehre anführen.

Diese Herren könnten billig an die Leute erinnert werden, die den Wald vor Bäumen nicht sehen; weil sie in einer Gesellschaft, die mit zahlreichen Ueberresten der Kleinproduktion angefüllt ist, das Wirken der großkapitalistischen Gelehrte wegen des Chaos verschiedenartigster gegen einander wirkender Einflüsse nicht wahrnehmen, bestreiten sie deren Existenz und huldigen dem allgemeinen Vorurteil, das aus Gewohnheit das Bestehende zu erhalten sucht.

Diese Pflasterwissenschaft, die an der Oberfläche der Erscheinungen haften bleibt und deren Voraussicht nur von einer Enttäuschung bis zur andern reicht, schmeichelt gleichzeitig den herrschenden Klassen, indem sie auf eine Zeit lang die Furcht vor allgemeiner Verarmung aus den Gemütern der Gläubigen verschreckt, und den durch das Großkapital der Proletarisierung nahegebrachten, indem sie in ihnen neue Illusionen wachruft.

Als die Wissenschaft sich in England zum ersten Male die Aufgabe stellte, die in der modernen Gesellschaft wirkenden ökonomischen Gelehrte aufzusuchen, war das Klassenbewußtsein des Proletariats noch nicht erwacht und die soziale Frage in ihrer heutigen Formulierung noch nicht auf die Tagesordnung gestellt — damals konnten die Erscheinungen auf ökonomischen Gebiete noch unbefangen geprüft und deren Zusammenhang noch ohne Scheu unterucht werden. Dieser Periode des Forschens verdanken wir auch die muster-gültige Darstellung der in der privatkapitalistischen Gesellschaft wirkenden Gelehrte.

Auf dem Kontinente fällt der Anfang selbstständiger ökonomischer Forschung zusammen mit den ersten Äußerungen der Unzufriedenheit der besitzlosen Klassen und mit der literarischen Vertretung sozialistischer Ideen. Kein Wunder daher, daß unter dem Einflusse der interessierten Klassen deren Vertreter zum teilweisen Bewußtsein der bestehenden Ungerechtigkeit und Ungleichheit gekommen waren, der Versuch gemacht wurde, die unangenehm gewordene und revolutionierend wirkende Wahrheit zu verschleiern und die Wissenschaft zu verfälschen.

— — — — —
— — — — —
— — — — —
— — — — —
— — — — —

Mit der Schutzollbewegung begann der Hegenfabrikat: da hörten wir wieder die längst verklungenen alten Melodien von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit — von der Erhöhung der Löhne, die die erhöhten Zölle zur Folge haben würden — von der Hebung der Konjunktur, die dadurch herbeigeführt werde u. dgl. m.

Dann kam der Sturm gegen die Wucherfreiheit: moralische Entrüstung mußte den Mangel an wissenschaftlichen Gründen ersetzen, um zu beweisen, daß der Untergang des Bauernstandes und des Gewerbestandes in erster Linie der Wucherfreiheit zuzuschreiben sei.

Dann kam die zünftlerische Bewegung: Einschränkung der Gewerbefreiheit heißt die Lösung, unter der das Kleingewerbe den Feldzug des Don Quixote erneuern will — die Innungen werden die Waffen bilden, mit denen unsere Gewerbetreibenden die kapitalistische Konkurrenz todschlagen werden — wenn nicht das Gegenteil passiert — u. f. w., u. f. w.

Endlich kommen die Agrarier, die durch Getreidezölle, indirekte Steuern, Beschränkung der Teilbarkeit von Grund und Boden, Heimstättenetze, wodurch dem Bauer ein zu seiner wirtschaftlichen Existenz unentbehrlicher Teil von Grund und Boden und landwirtschaftlichen Gebäuden und Geräten gegen Verpfändung und Verschuldung sichergestellt wird, den Bauernstand auf unerschütterliche Grundlagen zu stellen suchen.

— — — — —
— — — — —
— — — — —
— — — — —
— — — — —

Politische Uebersicht.

Parlamentarisches. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 22. März wurde eine Resolution zum Gebäudesteuergesetz angenommen, durch welche die Regierung aufgefordert wird, mit aller Beschleunigung einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen die Unterscheidung zwischen Ordinarium und Extraordinarium bei der Erwerb- und Einkommensteuer in demselben Zeitpunkt beseitigt würde, in welchem dies bei der Grund- und Gebäudesteuer eintreten wird. Während durch die bei der Grund- und Gebäudesteuer stattgefundenen Einbeziehung des Extraordinariums in das Ordinarium eine Erweiterung des Wahlrechtes für die ländliche Bevölkerung eintritt, wird durch diese Resolution bewirkt, daß dieselbe Vermehrung der Wähler auch in den Städten stattfindet.

Die „Rechts“partei brachte einen Gesetzentwurf ein, durch welchen die Börse stärker zur Besteuerung herangezogen wird, als dies durch den Regierungsentwurf geschieht. Nach ersterem wird jeder Börsenspekulant mit einer Gebühr von einem Gulden belegt; auch sind strenge Strafbestimmungen gegen Steuerdefraudationen vorgesehen.

Das Gesetz über die Grundsteuerhauptsumme wurde, nachdem am 23. März das Eingehen in die Spezialdebatte mit 230 Stimmen gegen 94 ange-

nommen worden war, am 1. April in dritter Lesung erledigt. Als interessant ist dabei hervorzuheben, daß trotz dem die Deutschliberalen Monate lang gegen das Gesetz agitirt und die Ablehnung desselben als eine Parteifrage im eminentesten Sinne des Wortes bezeichnet hatten, mehr als fünfzig liberale Abgeordnete, darunter fast sämtliche Deutschböhmen, für das Gesetz stimmten. Das nennt man eine prinzipientreue Opposition. Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß der Abfall der deutschböhmisches Abgeordneten hauptsächlich dem Umstande zuzuschreiben ist, daß durch die Grundsteuerregulierung der „liberale“ böhmische Großgrundbesitz bedeutend entlastet wurde. Diejenigen, welche der optimistischen Ansicht huldigen, daß die Liberalen, sobald sie zur Regierung gelangen, nichts bringen werden zu tun haben werden, als den Kleingrundbesitzern Erleichterungen zu verschaffen, mögen sich diese Abstimmung zum warnenden Beispiel nehmen.

Am 27. März hielt das zur Vorberatung der Abschnitte „Genossenschaften“ und „Gewerbebehörden“ des Gewerbeordnungsentwurfes gewählte Subkomitee des Gewerbeausschusses eine Sitzung, in welcher der Referent Dr. v. Kaminski die Beibehaltung der Zwangs-genossenschaften mit der sonderbaren Begründung empfahl, daß sich „nur die Arbeiter“ dagegen ausgesprochen, während die Gewerbetreibenden fast ausnahmslos für die Zwangs-genossenschaften petitionirt hätten. Warum das Urteil der Arbeiter weniger wert sein soll, als das der Arbeitgeber, hat der Herr Referent nicht gesagt, aber wir dürfen nicht sel gehen, wenn wir behaupten, daß die Arbeiter nur deshalb in den Augen dieses „Volksvertreter“ weniger Sachverständige sind, weil sie kein Wahlrecht haben. Die Mitglieder des Subkomitees scheinen von der Motivierung des Referenten vollkommen überzeugt worden zu sein, denn sie beschloßen auf Antrag Reichhauer's, zwar den Referenten aufzufordern, nochmals einen Bericht dahin zu erstatten, welchen Wirkungskreis die gewerblichen Genossenschaften erhalten sollen, wer denselben beizuziehen wäre, und welche Organisation denselben gegeben werden solle, aber mit dem Zusatz, daß das Subkomitee die Beibehaltung von Zwangs-genossenschaften für notwendig erachte.

In der Sitzung des Herrenhauses vom 29. v. sprach der Präsident Graf Trauttmannsdorf über die Ermordung des Zaren und über die revolutionäre Bewegung den „tieftsten Abscheu“ aus. Er bezeichnete es unter Zustimmung des Hauses als die Pflicht desselben, Staat und Gesellschaft gegen die zunehmenden Gefahren zu schützen.

Der Finanzminister Dr. Dunajewski brachte einen Gesetzentwurf ein, durch welchen die Regierung ermächtigt wird, zur Deckung des diesjährigen Defizits ein Anlehen von fünfzig Millionen Gulden zu machen. Natürlich gab dazu das Abgeordnetenhaus schnelligst seine Zustimmung.

Der Steuerausschuß des Abgeordnetenhauses hat die neue Petroleumsteuer und eine Resolution um Einführung einer Gassteuer angenommen.

Der oberösterreichische Bauernverein hielt am 19. März seine konstituierende Versammlung ab, in welcher als Vereinsprogramm u. A. aufgestellt wurde: Herabsetzung der Dauer der Schulpflicht, Errichtung von Fortbildungsschulen, Ueberwachung der Abgeordneten durch die Wähler, Errichtung einer Bauernbank unter Staatsgarantie für unkündbare Darlehen zu 4 1/2 Prozent.

Die beim Wiener Landesgerichte schwebende strafgerichtliche Untersuchung gegen die Teilnehmer an der Studentendemonstration gegen den Abgeordneten Dienbacher wurde eingestellt; gegen vier derselben jedoch beim Bezirksgerichte Josefstadt die Anklage wegen Einmischung in eine Amtshandlung und wegen Wachhebelidigung erhoben.

Aus dem Wirtsker Bezirke, Mähren, sind viele Familien wegen großer Not nach Amerika ausgewandert. Die „Fürsorge“ der Behörden scheint sich bloß darin zu äußern, daß neue Fabrikationszweige künstlich eingebürgert werden, in denen die Arbeiter bei Hungerlöhnen den Unternehmergewinn der Fabrikanten vergrößern helfen. Das nennt man dann „Humanität“.

Der Antrag auf Verlängerung der Mandatsdauer der Reichstagsabgeordneten von drei auf fünf Jahr, wird in ungarischen Reichstagen nicht eingebracht nachdem Minister Tisza denselben als nicht zeitgemäß erklärt hatte. Offenbar wurde der Antrag nur mit Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen zurückgezogen, weil Tisza den Eindruck eines solchen reaktionären Beschlusses auf die Wähler fürchtet.

In Belgrad ist die Probenummer eines sozialistischen Tagblattes „Radnik“ (der Arbeiter) erschienen. — Das Gesetz, welches die Pressefreiheit in Serbien garantiert, wurde bereits vom Fürsten inkonzipiert; wir werden noch lange auf ein solches warten müssen. — Der serbische Ministerrat beschloß, zur Vermehrung der Staatseinkünfte das Salzmonopol, eine Schanksteuer und einen erhöhten Tabakzoll einzuführen.

Die Rumänen haben sich das Vergnügen gemacht, ihren Fürsten Karl zum König zu proklamieren; was sie dabei gewinnen, dürfte ihnen wol selbst nicht klar sein. Es sind auch verschiedene Anzeichen vorhanden, daß nicht alle damit einverstanden sind; eine Anzahl rumänischer Studenten in Paris hielt eine Versammlung ab, bei welcher sie Hochs auf die „Republik Rumänien“ ausbrachten. In Rumänien selbst aber haben

die Behörden die Entdeckung gemacht, daß unter den Studenten und selbst Professoren der Sozialismus bereits zahlreiche Anhänger zält, was mit der offiziell und offiziös gemeldeten „Begeisterung“ der Rumänen über ihr allerneuestes Avancement seltsam kontrastirt. — Um das funkelnegele neue Königreich bei den europäischen Monarchen gut zu empfehlen, wurden zahlreiche Verhaftungen von Sozialisten in Jassy vorgenommen und dabei die herkömmlichen haarsträubenden Entdeckungen von „nihilistischen Antrieben“ gemacht. An dem war aber noch nicht genug. Man glaubte, um sich bei den europäischen Monarchen ja recht einzuschmeicheln, sogar Bismarck übertrumpfen zu müssen; es wurde zu diesem Zwecke, wol auf Bestellung der Regierung, im Senate ein Gesetzentwurf eingebracht, nach welchem jeder in Rumänien ansässige oder sich aufhaltende Fremde, der durch sein Benehmen (!) die Sicherheit des Staates, sei es im Innern oder nach Außen (aha!) Kompromittiren, die öffentliche Ordnung stören oder an Handlungen teilnehmen sollte, deren Tendenz (siehe deutsches Sozialistengesetz) auf den Umsturz der sozialen Ordnung des Landes oder eines auswärtigen Staates (siehe Dreikaiserbündnis allerneuesten Datums) gerichtet ist, durch einfaches Verret oder Ministerialverfügung von den Lokalbehörden ausgewiesen oder in einem andern Orte internirt werden kann.

Im deutschen Reichstage fand eine in vielen Beziehungen interessante Debatte über den Reichstagsbericht der Regierung über die Handhabung des Sozialistengesetzes statt. Der sozialistische Abgeordnete Auer führte eine Anzahl von Fällen auf, in denen von den Behörden dem Gerechtigkeitsgeföhle geradezu Hohn gesprochen und dem Gelehrte selbst trotz entgegen-gesetzten Reichstagsbeschlusses entgegengehandelt wurde. So wurden Sammlungen für die Familien Ausgewiesener verboten und die Zuwiderhandelnden bestraft, obwohl im Reichstage die Regierung durch einen Beschluß des Hauses zu der Erklärung gezwungen worden war, in Zukunft solche Sammlungen unbeanstandet zu lassen. Ein geläufiger Wirt, der kein anderes „Verbrechen“ begangen hatte, als daß er vor Erlass des Sozialistengesetzes in seinem Lokale Sozialistenversammlungen abhalten ließ, wurde ausgewiesen und soweit gebracht, daß er unlängst wegen Bettelns aufgegriffen und verurteilt wurde. Dem Schwiegersohn des Abgeordneten Hasencleber wurde ein Koffer geöffnet und durchsucht, ob keine sozialistischen Schriften darin seien. Auer konstatierte, daß selbst nach dem eigenen Geständnisse der Regierung das Sozialistengesetz nichts gefruchtet, im Gegenteil die Sozialdemokratie auf den revolutionären Weg gedrängt habe. Er schloß mit den Worten, daß es den Sozialdemokraten gleich sei, was die herrschende Gewalt zu tun gesonnen, sie seien auf Alles gefaßt. Puttkamer suchte im Namen der Regierung die Angriffe Auer's wegen unloyaler Handhabung des Gesetzes zu entkräften, wurde aber durch Webel widerlegt. Durch Vorlesungen aus der Londoner „Freiheit“ und durch Mitteilung einer Rede Haffelmann's in New-York über das Attentat gegen den Zaren suchte Puttkamer den von ihm behaupteten Zusammenhang zwischen den russischen „Nihilisten“ und den deutschen Sozialisten zu erweisen. Auer und Webel wiesen diese Behauptung im Namen der durch den „Sozialdemokrat“ vertretenen deutschen Sozialisten zurück und erklärten, daß der Wytener Kongreß wol seine Sympathie für die revolutionären Bestrebungen zur Emarginalisation des Arbeiterstandes in Rußland ausgesprochen, aber auch erklärt habe, daß er die in Rußland angewendete Taktik nicht für Deutschland geeignet halte. — Fik uns speziell ist es interessant, daß Auer im Reichstage, wo man sich möglichst harmlos zu scheinen bemüht, erklärte, Wol sei aus der sozialdemokratischen Partei (Bürlicher Rouleur) ausgeschlossen worden, während es im Protokoll des Wytener Kongresses heißt, daß man Kost — im Gegensatz zu Haffelmann, den man damals direkt ausschloß — als ausgetreten betrachte. — Der Regierungsvertreter kündigte einen Hochverrats- und Majestätsbeleidigungsprozeß gegen Haffelmann, der sich bekanntlich in Amerika befindet, und die Ausdehnung des „kleinen“ Belagerungszustandes auf Leipzig an.

Anfang April begann im deutschen Reichstage die Debatte über das Unfallversicherungsgesetz, in welcher Fürst Bismarck neuerdings sein soziales Reformprogramm, bestehend in obligatorischer Alters- und Invalidenversicherung durch den Staat, Schutz der heimischen Industrie, Abschaffung der direkten Steuern für die unteren Klassen und Massbildung und Erhöhung der indirekten Steuern, entwickelte. Zuletzt sprach er beinahe sentimental vom „praktischen Krisentum“, welches ihm zu diesen Maßregeln bestimme. Sehr praktisch ist dieses „Krisentum“, das muß man dem Kanzler des deutschen Reiches zugeben. Wenn wir es aber auf Grund des Sozialistengesetzes, des Militarismus, der von Bismarck protegierten antisemitischen Bewegung u. dgl. analysiren, so kommen wir zu dem Schluß, daß das „praktische Krisentum“ des Fürsten Bismarck wol „praktisch“, aber durchaus nicht „kriftlich“ ist.

In Leipzig wurden in Witten, unter andere Waaren verpackt, eine große Anzahl von Einladungen zu dem sozialrevolutionären Kongresse in London von der Polizei konfisziert; der Adressat, namens Schromm, hat sich geflüchtet. — Die von Haffelmann in einer am 15. März in New-York stattgefundenen Versammlung gehaltenen Rede über das Attentat auf den Zaren, welche wie oben erwähnt, von Puttkamer im deutschen Reichstage zum Beweise des Zusammenhanges zwischen russischen „Nihilisten“ und deutschen Sozialisten verlesen wurde, ist in Leipzig massenhaft verbrannt worden. Infolge einer Demunizazion wurde die in der Vorstadt Wöckern gelegene Kaserne von einem Militärkorps um-

zuegelte und einer genauen Revision unterzogen, wobei in den Tornistern der Soldaten zahlreiche Exemplare dieser Rede und andere sozialistische Flugchriften gefunden wurden. — In Dresden wurde gegen 26 Sozialisten die Briefsperrre angeordnet. — In Hamburg wurde auf Grund des Sozialistengesetzes die „Verichtszeitung“ verboten, bloß wegen einer Stelle, in der es anlässlich des Attentates auf den Zaren hieß, daß die administrativen Verordnungen nach Sibirien und die Hinrichtungen nichts nützen würden. — Das Polizeipräsidium von Berlin erließ am 26. März 1881 eine Verfügungsbefehle auf Grund des Sozialistengesetzes; unter den Ausgewiesenen befinden sich sechs von den neunzehn wegen Hochverrats beinahe vier Monate in Untersuchungshaft gehaltenen, welche infolge Beschwerde beim Reichsgerichte am 22. auf freien Fuß gesetzt werden mußten.

Am 18. März fanden in Paris zur Feier des Kommuneraufstandes mehrere Bankette der Sozialisten statt. Die Polizei verhaftete bei dieser Gelegenheit den Russen Lerkoski und den deutschen Sozialisten David. — Am 18. März ist in Paris die erste Nummer eines sozialistischen illustrierten Wochenschriftes „Le Juvénal“, herausgegeben von dem ehemaligen Kommunemitglied, Bésinier, erschienen. Wegen mehrerer Artikel über das Attentat gegen den Zaren wurden in Paris verurteilt: Seconbigne, Redakteur des sozialistischen „Citoyen“ und Decour, Verant deselben Blattes, ersterer zu sechs Monaten Haft und 2000 Franks Geldbuße, letzterer zu drei Monaten Haft und 2000 Franks Geldbuße. Bésinier, Redakteur des „Juvénal“ und Vicois, Verant der „Revolutions sociale“ zu 6 Monaten Haft und 2000 Franks Geldbuße. Rochefort, Redakteur des „Intransigent“, und Delpiere, Verant des Blattes, zu je 1000 Franks Geldstrafe.

In Brüssel wurde der italienische Sozialist Malatesta, ein bedeutender Chemiker, verhaftet.

Der Redakteur des sozialistischen Organs in Kopenhagen wurde auf Antrag des russischen Gesandten wegen angeblicher Beleidigung der russischen Regierung verhaftet.

Am 30. März d. J. wurde Johann Most in London verhaftet, und im Auftrage der englischen Regierung wegen eines Artikels über den Zarenmord angeklagt. Die Anklage lautet auf Aufforderung zum Mord. Die Kauzion, welche für die Freilassung Mosts angeboten wurde, wies der Richter zurück, infolge dessen Most in Haft. Der Prozeß wurde nach zwei resultatlos verlaufenen Verhandlungen vom Richter vor die Assisen verwiesen. — Ganz im Widerspruche mit dem sonst üblichen Verfahren in England wurde die Druckerlei, in der die „Freiheit“ gedruckt wurde, gesperrt und die Segler entlassen. Minister Harcourt erklärte am 31. März im Unterhause: es handle sich nicht um ein Vergehen gegen ein fremdes Land, sondern um ein heimisches Verbrechen; es sei eine Verletzung der öffentlichen Moral, den Mord gegen jemanden zu predigen. Die Regierung sei auf eigenen Antrieb und nicht auf die Veranlassung einer fremden Macht vorgegangen. Trotzdem tadeln selbst die „Daily News“, das Organ des Ministerium Gladstone, dieses Vorgehen, welches mit der Freiheit in England unvereinbar sei. Der kommunistische Arbeiter-Bildungsverein in London hat übrigens bereits das Weitererscheinen der „Freiheit“ beschlossen und ein neues Lokal gemietet, neue Typen angekauft und einen neuen Redakteur, namens Marten, gewählt.

Am 23. März fand in London ein Meeting statt, in welchem sich deutsche, französische und englische Redner zustimmend zu dem Attentat auf den Zaren äußerten. — Am 25. März veranstaltete der internationale Klub in London ein Bankett. — Am 28. März fand ein slavisch Meeting unter dem Voritze des Russen Hartmann statt, bei welchem russisch, polnisch, böhmisch, serbisch, französisch und deutsch gesprochen und die Gründung eines slavischen revolutionären Klubs beschlossen wurde.

Die Boers haben die Friedensbedingungen, wodurch ihnen volle Unabhängigkeit bei Anerkennung des englischen Schutzes zugesichert wurde, angenommen.

Das englische Unterhaus hat die Armenreformbill, durch welche die körperliche Züchtigung abgeschafft wird, angenommen. An die Stelle der körperlichen Züchtigung treten aber wegen Trunksucht und Insubordinationsvergehen auch nach dem neuen Gesetz drakonische Bestimmungen, die nicht besser sind. So z. B. kann der Delinquent in Eisen gelegt, auf dem Marische kann er an einen Wagen oder an ein Pferd gebunden werden, so daß er im Schritte mitmarschieren muß. Um sein Entweichen zu verhindern, dürfen ihm Handschellen angelegt werden u. dgl. m.

Im Petersburger Attentatsprozesse, dessen Verhandlungen am 7. April begannen, sind angeklagt: Nikolai Ihsakow, welcher eingesteht, die erste Sprengbombe auf den Kaiser geworfen zu haben; Andrej Beljadow, welcher am 11. März verhaftet wurde und eingesteht, an der Vorbereitung zum Attentat am 13. März teilgenommen zu haben; Emotje Michailow, der bei der Arrestierung durch Abfeuern von Schüssen auf die Beamten Widerstand leistete, und Sijj Pelsmann und Sofie Perowskaja als Wamwiserin. Sämtliche Angeklagte wurden zum Tode durch den Strang verurteilt. — Mehrere hohe Beamte der ehemaligen dritten Abteilung und vier Offiziere wurden wegen Teilnahme an revolutionären Verbindungen verhaftet. — Am 16. März wurde Alexander III. ein

Schreiben des Petersburger revolutionären Exekutivkomitees zugestellt, in welchem ihm mit dem Tode gedroht wird, falls er nicht eine Konstitution bewillige. Das Schreiben fand der Zar unter seinem Kopfschilde. Ein kaiserlicher Bote wurde infolge dessen verhaftet. Einige Tage darauf wurde dem Thronfolger ein ähnlicher Drohbrief an seinen Vater in den Gürtel gesteckt. — Hartmann teilte in einem Schreiben an den „Intransigent“ mit, daß die revolutionäre Partei schon im Jahre 1879 den Plan gefaßt habe, einen unterirdischen Gang nach dem Winterpalais herzustellen, daß dieser Plan aber damals nicht ausführbar war. — Der Zar hat einen Ukas erlassen, welcher die Regentenschaft für den Fall seines frühzeitigen Ablebens regelt. — In dem Hause des Grafen Mengden in der kleinen Gartenstraße in Petersburg, in welchem sich die bekannte Kisebude befand, wurde eine zweite Mine entdeckt, welche, wie es heißt, dazu bestimmt war, an einem der Osterfeiertage zu explodieren, wenn der neue Zar die Straße passieren würde.

Der Zar ordnete zum Schutze gegen die revolutionäre Partei die Wahl von Waldmännern aus den 228 Stadtbezirken von Petersburg an; die Verordnung erschien Vormittag und schon am Nachmittag desselben Tages fand die Wahl statt. Diese Satire auf den modernen Parlamentarismus förderte 228 Waldmänner zu Tage, welche 25 Mitglieder zu Räten einer Kommission wählten, die unter dem Voritze des Stadthauptmanns beratende Stimme bei allen zu ergreifenden Sicherheitsmaßnahmen haben. Ohne ihre Zustimmung mit Majoritätsbeschluß darf von nun an keine Polizeimaßregel zum Schutze des Zaren durchgeführt werden. In der ersten Sitzung dieser parlamentarischen Polizei wurden verschiedene Sicherheitsmaßnahmen beraten, von denen sich jedoch schon einige als unpraktisch, andere als unausführbar erwiesen.

Der Priesterjohn Nikolai Kibaltitsch wurde verhaftet und gestand, daß er die Bomben zu dem letzten Attentat angefertigt habe.

Aus Parteikreisen.

Am 3. d. M. wurde unterm Genossen Leo Walecka vom L.-G.-R. Dr. Karajan die Mitteilung gemacht, daß die durch seinen Vertreter Dr. H. Glaser erhobene Nichtigkeitsbeschwerde gegen das Urteil vom 12. Februar d. J. vom Kassationshofe in nicht öffentlicher Sitzung nach Anhörung des Generalprokurators verworfen wurde. Das Urteil, wonach Walecka bekanntlich der Verbrechen des Hochverrats, der Majestätsbeleidigung und der Aufwiegelung schuldig gesprochen und wonach ihm vier Jahre schwerenerkers, verschärft mit einem Festtage in jedem Monat zuerkannt wurde, ist somit rechtskräftig geworden und unter Genosse hat seine Strafe bereits angetreten. — Walecka beschäftigte sich seit ungefähr 6 Wochen unter anderm auch mit dem Studium der französischen Sprache nach der Methode Toussaint-Langenschart und schrieb an einen Freund um die Fortsetzung der Unterrichtsbriefe und um eine Anzahl Schreibhefte. Dieser begab sich am Sperrtage (Donnerstag) in die Verwaltung des Landesgerichtes, ersuchte um eine Unterredung mit Walecka und wollte, als ihm diese verweigert wurde, das mitgebrachte Unterrichtsmaterial für Walecka zurücklassen. Ein untergeordneter Beamter verweigerte jedoch die Annahme desselben und bemerkte auf verschiedene Anfragen und Einwendungen: bei der Strafstrafe gebe es zwischen politischen und gemeinen Verbrechen keinen Unterschied. Materiale zu geistiger Beschäftigung sei nur während der Untersuchungshaft gestattet gewesen (was vollständig unrichtig, denn während der Untersuchung erhielt Walecka die Unterrichtsbriefe etc. nicht, wohl aber nach der Schlussverhandlung), „nun aber gehört er uns“, sagte der Auskuststgeber lächelnd, „und jetzt werden wir ihr beschäftigen“. — Selbstverständlich werden alle möglichen Schritte getan, um Walecka, der im Geichte begründeten Begünstigungen für politische Gefangene teilhaftig werden zu lassen.

Der von Paul Schögl durch seinen Vertreter Dr. Wolf-Eppinger erhobenen Beschwerde gegen seine Absetzung von Wien ist von Seite der niederösterreichischen Statthalterei Folge gegeben, die Absetzung aufgehoben und Schögl der Aufenthalt in Polizeirau von Wien wieder gestattet worden. Dr. Wolf-Eppinger zog in Folge dessen, die an das Reichsgericht in dieser Angelegenheit bereits eingereicht gewesene Beschwerde zurück. Die Absetzung Schögl's war bekanntlich nach seiner Verurteilung wegen Verbreitung der Flugchrift „Unserer feindigen Stimmung“ erfolgt.

Bei Genossen Franz Bier in Reihelsdorf fand am 17. März eine Hausdurchsuchung statt. Gefaßt wurde nach der in Reihelsdorf erschienenen Zeitschrift „Zeitgeist“. Nach Durchsuchung aller Wohnräume, sowie der Kleidungsstücke entzogen sich die behördlichen Organe unter Mitnahme verschiedener nicht verbotener Zeitungen, eines Arbeiterkalenders für das Jahr 1880 und eines Gedichtes.

Wien. Hohe niederösterreich. Handels- und Gewerbekammer in Wien! Gefertigte als Präsidium der am 13. März 1881, nachmittags, von zirka 800 bis 1000 Tischlergehilfen besuchte, im Saale „zum grünen Jäger“, 5. Bez., Hundskirchnerstraße 13, stattgefundenen Tischlergehilfen-Versammlung erlauben sich im Auftrage benannter Versammlung den dankbar gefaßten Beschluß auf die von der hohen n.-ö. Handels- und Gewerbekammer vorgelegten Fragen, in Bezug einer neuen Gewerbeordnung auf Antrag der Versammlung,

dem Präsidium der hohen n.-ö. Handels- und Gewerbekammer schriftlich bekanntzugeben.

Beschluß.

Die heute am 13. März 1881 im Saale „zum grünen Jäger“ tagende Versammlung der Tischlergehilfen Wiens erklärt: Da die Forderungen der Arbeiter Oesterreichs in politischer, sowie ökonomischer Richtung seit dem Bestande des Vereins- und Versammlungsgesetzes, in zahlreichen Versammlungen zum Ausdruck gebracht wurden und die h. Regierung, sowie das Parlament und die hohe Handels- und Gewerbekammer in Oesterreich genügend Kenntnis in Bezug der Forderungen in der neuen Gewerbeordnung hatte, so beschließen wir, keine Experten zu wählen und motivieren es mit folgendem.

Gründe:

1. Da die Gewerbeordnung vom Jahre 1859 schon im Jahre 1862 einer dringenden Revision unterzogen werden sollte und in den darauffolgenden Jahren immer mehr der Unwille für dieselbe sich zeigte, und die Gewerbeordnungsvorlagen vom Jahre 1874—1878, sowie in der jetzt von der Regierung vorgelegten Gewerbeordnungsvorlage, die von den Arbeitern Oesterreichs in Resolutionen und Petitionen, sowie zahlreichen Versammlungen geäußerten Forderungen mangelhaft und größtenteils gar nicht berücksichtigt wurden.

2. Die Grundlage jeder Gewerbegesetzgebung muß die Produktionsregelung als Grundprinzip enthalten, da in den oben angeführten Novellen und Vorlagen über Gewerbegesetzgebung diese Grundlagen gänzlich fehlen und die Arbeiter Oesterreichs als Regelung der Produktionsweise die Bestimmung einer normierten Arbeitszeit von 10 Stunden für alle Erwachsenen, und Regelung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit forderten, um das Ueberhandnehmen der Ausbeutung des Volkes und der immerwährend steigenden Not und Arbeitslosigkeit, sowie Konjunktionsfähigkeit der untersten Schichten des Volkes ein Ziel zu setzen.

3. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß nach der jetzigen Zusammensetzung des Reichsrates, sowie Herrenhauses, der heutigen Entwicklung gemäß, zu Gunsten des arbeitenden Volkes nichts Ersprießliches geleistet werden kann.

4. Die Tischler Wiens haben schon seit zwölf Jahren gegen die Genossenschaften mit Recht opponiert, da sie mittelalterliche Bestimmungen in sich führen und mit der heutigen Entwicklung in großem Widerspruch stehen, insbesondere haben die Tischlergehilfen gegen die Genossenschaft der Tischler im Jahre 1872 in einer Versammlung von zirka 5000 Tischlergehilfen einstimmig den Beschluß gefaßt, die Aufhebung der Zwangsgenossenschaft, und beharren entschieden noch heute auf diesem Standpunkte.

Da die Tischlergehilfen Wiens derzeit keine Vertreter in der Genossenschaft besitzen und nicht wollen, so können wir Experten von Seite der Tischlergenossenschaft als Vertreter der Gehilfen nicht anerkennen.

Wir ersuchen das löbliche Präsidium der Handels- und Gewerbekammer die Eingabe bei Beginn der Expertenstellung zur Berlesung zu bringen und zu protokollieren.

Mois Treibenreiß, Friedrich Schott, Vorsitzender, Stellvertreter, Franz Hardwiger, Schriftführer.

Graz, Am 28. Februar starb im hiesigen allgemeinen Krankenhause Genosse Adolf Casper aus Meran. Er befand sich erst eine Woche in Graz und hatte die Absicht, hier für den Sommer Arbeit zu suchen — er war Kleidermacher; — schon als er in Graz ankam, beklagte er sich über Fieber, welches sich berart steigerte, daß er am 21. in das Spital ging. Am 28. erlag er dem Tifus. Casper war 29 Jahre alt und in Graz geboren, wo er auch wohlhabende Verwandte besaß, die sich jedoch, ebenso wie sein Onkel in Pettau, um ihn gar nicht kümmerten, weil er konfessionslos geworden war und auch in politischer und sozialer Hinsicht den freiesten Anschauungen huldigte.

Als, die ihn kannten, wußten seinen ehelichen, geraden Sinn, seinen unwandelnbaren Eifer für die Sache des Proletariats, und seine lebhafteste Mißbilligung zu schätzen. Die Genossen in Meran drückten bei der Nachricht von seinem Hinscheiden sofort ihre tief gefüllte Trauer über den schmerzlichen Verlust eines der besten Parteigenossen und eines hingebenden Freundes aus, der besonders in Meran durch seine Tätigkeit der Verbreitung unserer großen Dienste leistete.

Am 2. März fand das Begräbnis Casper's unter großer Beteiligung der Genossen statt, obwohl die Einladungen dazu nicht rechtzeitig bekannt gemacht werden konnten. Der Sarg war mit Kränzen überhäuft und unmittelbar hinter dem Sarge trug ein Genosse einen von dem Arbeiter-Bildungsverein in Meran gewundenen schönen Kranz. Da der verstorbene Genosse konfessionslos war, fand das Leichenbegängnis selbstverständlich ohne geistliche Assistenz statt. Am Grebe sprach ein Genosse einige Worte des Dankes für die zahlreiche Beteiligung.

Aus Oberösterreich. Oberösterreich, ein von der Natur aus reich gesegnetes Land, welches mindere Wohlstand nicht Bewohner mit seinem Lebensunterhalt reichlich ernähren könnte und vor allem die Not an allen Ecken und Enden immer mehr überhand und macht sich in lauter Elend und Armut geltend, so daß die Wenigen, welche in U. befristet leben und deren Organe, welche ein Vorhandensein der Not frech wegschlagen.

So hat sich in der kleinen Stadt Gams vor Karnten ein gewisser Wert, durch den Konkurrenzkampf aber zum Tode verurteilt, ergänzt; lange Arbeits-

losigkeit war das Motiv. Einige Tage darauf erfaßte die Not ein zweites Opfer; ein Schuhmachermes- ter in den schönsten Jahren, der sehr fleißig arbeitete und spar- sam war und trotzdem nicht aus die Schulden heraus kommen konnte, wurde lebensmüde; — er forderte seine Frau auf, mit ihm den Tod in den Wellen zu suchen und schnitt, da sie darauf nicht eingehen wollte, ihr und sich selbst die Kehle ab. Sie hinterließen zwei Kinder. Ja, die Not förderte noch schrecklichere Dinge zu Tage. Es wurden Brandbriefe gelegt, in denen zu lesen war: „Arbeit! oder es geht die ganze Stadt in Flammen auf!“ Anfangs hielt man die Sache für einen bösen Scherz, als aber bald darauf 19 Scheuern in Flammen standen, war selbstverständlich die ganze Stadt für längere Zeit in Aufregung und Furcht.

Auf dem flachen Lande wird den Ackerbauarbeitern (Knechte und Mägde) der Lohn fortwährend reduziert. So bekommt der erste Knecht (Hausknecht), der früher 120 bis 150 fl. Jahreslohn erhielt, jetzt 90 bis 120 fl. Und so geht die Lohnreduktion abwärts: beim Hofknecht, ersten und zweiten Mitarbeiter, großen und kleinen Stall- hunden.

Die erste Magd (große genannt) hatte vorher 90 bis 110 fl., jetzt 70 bis 90 fl. und so fort abwärts bei allen fix Angestellten der oberösterreichischen Bauern; die Tagelöhner sind meistens Aushilfsarbeiter und erhielten früher in Wintertagen einen Tagelohn von 30 bis 40 kr., jetzt 15 bis 25 kr. Obendrein wird die Kost in manchen Häusern immer schlechter, das Dienstpersional möglichst reduziert, die Uebrigen zur Arbeit dringlich angehalten, so daß, was bei den Agrararbeitern noch nie der Fall war, die Nachfrage um Arbeiter größer ist als das Angebot. Dazu kommt noch die Dresch- und Futterschneidmaschine, die besonders den Tagelöhnern im Winter das Brod vor dem Munde wegnimmt, wodurch viele gezwungen sind, zu stelen und ihre Kinder, da sie sich zu Hause schämen, in andere Gemeinden betteln zu lassen.

Solcherart sind die Kopflaunen, die mitten in einem Lande des größten Ueberflusses emporküchern.

Anton Stacherl.

Johannesdorf. Es haben wol die Arbeiter nir- gends mehr etwas anderes zu erwarten, als ihre letzten Kräfte für das kaum hinreichende Brod zu opfern, wenn sie noch so glücklich sind Arbeit zu haben — und so ist dies auch in unserer Gegend der Fall, denn das moderne Sparsystem der Geschäftsherren auf Kosten der Arbeiter feld in der hiesigen Gegend ebensowenig als dort, wo Fabriken existieren. Es werden Fabrikarbeiter oft noch besser daran sein, als hiesige Arbeiter, wie Nachstehendes lehrt: So gibt es hier Arbeiter, die von früh Morgens angefangen bis spät Abends, ja sogar über Mitternacht arbeiten müssen, und verdienen nicht so viel, um als Menschen leben zu können, — mageres Aussehen und schäbige Kleidung legen Zeugnis für diese Behauptung ab. Und es ist nicht zu wundern, wenn man noch sol- ches sieht, was sich auch von Zeit zu Zeit wiederholt: „N. N. Wir sind leider genötigt, wenn wir nicht ohne Aufträge dasigen wollen, eine Preisreduktion bei den Mattieren, Kuglern und Malern eintreten zu lassen. Unser Reisender, welcher schon seit Wochen auf der Tour ist, ohne ein Stück verkauft zu haben, berichtet uns über Preise, wie Andere verkaufen, daß es nur zum Staunen ist. Wenn wir unseren Nutzen auf ein Minimum von 10 Prozent (?) herabsenken, — was kaum die Regie deckt, — so kommen wir bei Weitem nicht nach. Es blieb uns wahrhaftig nichts Anderes übrig — beim besten Willen — als die Arbeitslöhne herabzusetzen. Gaiba 1880. Palme und Deleschal.“ Gewiß eine rührende Offenheit, wenn sich ein Geschäft auf Kosten der Arbeiter konkurrenzfähig macht. Und könnte der Reisende nicht auch Schuld sein, wenn er wenig verkauft? Doch zurück zu den Verhältnissen der Arbeiter selbst. — So ist es in vielen Geschäften Sitte, daß beim Auszahlen zwei bis vier Prozent in Abrechnung gebracht werden, weil sie das baare Geld erhalten; dieses aber besteht öfters in einem Drittel von der Summe, für das zweite Drittel Glanzgold (das Lot ist um 50 bis 60 kr. teurer zu bezah- len als in der Farbenhandlung) und auf dieses kom- men ebenfalls noch die Prozente und das letzte Drittel bleibt Rest, womöglich über ein Jahr lang, um dann auch noch die Prozente abzurechnen.

Ferner sind die Herren Manipulanten auch so freundlich, nur denjenigen Arbeitern Beschäftigung zu geben, die ihnen etwas spendieren, und daß dieses Ge- schent dann kein kleines ist, läßt sich denken; wie man erfährt, mitunter bis 8 Prozent von dem Lohne. Auch hat mancher von den Herren Manipulanten auch einen Kaufmannsladen, wo dann die Arbeiter gezwungen wer- den, dort einzukaufen, widrigenfalls sie keine Arbeit er- halten. Und wenn es auch im Gewerbegebiete heißt: „Nur auf freies Uebereinkommen der Arbeiter mit dem Geschäftsherrn ist es erlaubt, Waare anstatt Geld aus- zuzahlen“, so heißt es aber ganz anders im Geschäft: „Ja, wenn Ihr nicht zufrieden seid, könnt Ihr auch keine Arbeit erhalten.“ Das Resultat von diesem ist: Entweder die Arbeit nehmen oder es machen wie feiner Zeit Dr. Tanner.

Aus dem Vereinsleben.

Wien. Bei der am 27. März d. J. stattgefundenen Generat- versammlung des Arbeiter-Sängerbund wurden folgende Herren in die Vereinsleitung gewählt: Niels Wenzel, Vorstand, Wiedenmann, Josef, dessen Stellvertreter, Halbedel, Rast, Kaffner, Alois Samuel, dessen Stellvertreter, Franz Wenzel, Schriftführer, Alois Rast, dessen Stellvertreter, Gabriel Georg, Archivar, Alois Wenzel, dessen Stellvertreter; Pasternil Franz, Emil Bronz, Straßer Johann, Wirt der Johann, Alois Otto.

Eduard Frank, Schriftführer.

Leoben. Sonntag den 6. März hielt der hiesige Arbeiter- Bildungsverein seine ganzjährige Generalversammlung mit folgen- der Tagesordnung ab: 1. Rechenschaftsbericht. 2. Bericht der Gef-

tionen. 3. Neuwahl des Ausschusses. 4. Anträge und Interpellatio- nen. Das Protokoll der letzten Generalversammlungen wurde an- genommen. Der Rechnungsführer berichtet über ganzjährige Ein- nahmen, und zwar 307 fl. 61 kr., an Ausgaben 303 fl. 15 kr., bleibt Saldo 4 fl. 46 kr.

Der Bibliothekar berichtet 141 Bände und Broschüren. Die Kontrollsektion berichtet über die Richtigkeit der Geschäftsbücher. Die Unterrichtssektion berichtet, daß vorläufig nur der Tanzunter- richt stattfindet, und die weiteren Unterrichte wegen Mangel an Zeitnehmer auf kurze Zeit sikt werden. Die Neuwahl des Aus- schusses ergab folgendes Resultat: Mathias Benesch, Obmann, Johann Vondemann, dessen Stellvertreter, Josef Klaffel, Schrift- führer, Friedrich Marischal, dessen Stellvertreter, Kajetan Novak, Kaffier, Wenzel Wotruba, dessen Stellvertreter, Johann Bluch, Rechnungsführer; Josef Klaffel, Peter Greber, Johann Friedl, Alois Weisler, Felix Hadrecht, Michael Heitinger und Ferdinand Weber, Ausschussmitglieder. — Nach der Wahl wurde dem abtretenden Ausschusse der Dank für seine Tätigkeit ausgesprochen und die Mitglieder zur regen Agitation für den Verein ermuntert.

Die Reiseunterstützung von 30 kr. für durchreisende Genossen wird verabsolgt bei Herrn Mathias Benesch, Hauptplatz 14, 1. St. Josef Klaffel, Schriftführer.

Römerstadt. Am 12. März l. J. wurde die halbjährige Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereines in Römerstadt abgehalten.

Nach Eröffnung der Versammlung durch den Obmann Anton Siebert gibt der Schriftführer das letzte Versammlungs- protokoll bekannt, worauf Julge für die Finanz referiert und be- räumt gibt, daß während des abgelaufenen Halbjahres die Ein- nahmen 76 fl. 99 kr., die Ausgaben 68 fl. 36 kr. betragen, mit- hin ein Kassendefizit von 8 fl. 63 kr. vorhanden ist. Weiters referiert Josef Stöcker für die Bibliothek und zur Kenntnis bringt, daß 130 Bände, in 66 Werke zerfallend, zur Lesererfüllung der Mit- glieder vorhanden sind, zuletzt referiert Ludwig Klein für die Revi- soren.

Weiters geschichtlicher Vortrag von Josef Julge und über die politische Gegenwart von Hermann Wanke.

Ferner wird Gustav Koch's Antrag, daß der Versammlungsbericht zur Inserierung an die „Zukunft“ eingeleitet werde, angenommen.

Nachher fordert Hermann Wanke die Mitglieder auf, in ihrem und des Vereines Interesse ihren Verbindlichkeiten gegenüber dem Verein besser nachzukommen, worauf sich wegen der Afsassung des Finanzberichtes eine Debatte entspinnt.

Nachdem nichts mehr von Belang vorgebracht wird, so wird die Versammlung geschlossen.

Wilhelm Strauch, Schriftführer.

Briefkasten.

Redaktion Kreuziger, Obergrosendorf: Adresse Neuwirth unbekannt. — Arbeiter-Bildungsverein, Nied: Unversiegelte Reklamationen sind vorzuziehen. — Josef Herbin, Jägerndorf: Wir erfinden um ihre genaue Adresse. — Krankenliste, Nussig: Zu spät eingelangt. — R. S. Sternberg: Brieflich. — Die Berichte und Einwendungen von Wien, M. J. in Wien, Geißlerberg, Verein der Kupferhändler in Wien, Ferdinand Müller in Perchtoldsdorf und Steyr mußten wegen Raummanget für nächste Nummer zurückgelegt werden. — Die Gesamtsumme des Ausweises für die Familien der Inhabanten beträgt 84 fl. 21 kr.; detaillierter Ausweis folgt in nächster Nummer.

Administration. E. Bar in B.: Abonniert bis Ende Dezember 1880. — Wank, Römerstadt: Abonniert bis Ende Okto- ber. — Dulatsch, Pottendorf: Abonniert bis Ende März. — A. Schaubert: Abonniert bis Ende Juli. — Fortbildungverein, Kor- neuburg: Für zwei Exemplare nur bis Ende April. — E. Roth, Weibing: Abonniert bis Ende Mai. — Krager, Gairdorf: Abon- niert bis Ende September. — St. Heger: Abonniert bis Ende April. — Arbeiter-Bildungsverein, Wels: Ein Quartal rückständig. — Heinrich, Schönborn: Blätter wurden nicht abgesandt; jetzt noch ein 1/2 Jahr Abonnement rückständig, bitte selbes baldigst zu be- gleichen. — Arbeiter-Bildungsverein, Freiwaldau: Inskriptionsge- bühr beträgt pro dreimal gepaltene Zeitschrift 5 kr. — Zur Unter- stützung der „Zukunft“: Holzhammer, Innsbruck 20, Dauler 10, N. B. 10.

Ankündigungen.

Arbeiter-Bildungsverein in Wien.

Ueberblick und Tätigkeit des Vereines:

Sonntag, nachmittags, Buchhaltung.
Montag, in der Zentrale, von 8—9 Uhr Bibliothek.
Dienstag, in der Zentrale, von 1/2 8—1/2 10 Uhr abends, Elementarunterricht für Vorgeschriftene und Gesangs- übung in Wüst's Gasthaus.
Mittwoch, in der Zentrale, von 1/2 8—1/2 10 Uhr Ele- mentarunterricht für Anfänger, Auskutschung von 8 Uhr an und Tanzunterricht in Wüst's Gasthaus, 6. Bez., Mollardgasse.
Donnerstag, in der Zentrale, von 1/2 8—1/2 10 Uhr abends, französischer Sprachunterricht für Vorgeschriftene, von 8 bis 9 Uhr abends, Bibliothek.
Freitag, in der Zentrale, von 1/2 8—1/2 10 Uhr abends, Elementarunterricht für Vorgeschriftene, Tanzunterricht für Vorgeschriftene in Wüst's Gasthaus.
Samstag, in der Zentrale, von 1/2 8—1/2 9 Uhr abends, französischer Sprachunterricht, von 1/2 9—1/2 10 Uhr abends, Stillist und von 8—9 Uhr abends, Bibliothek.
Einschreibungen finden täglich in der Zentrale, 7. Bez., Bieglergasse 25, statt.

Delnicka Jednota in Wien.

Montag den 18. April 1881 in den Sälen zu den „drei Engeln“, 4. Bez., große Neugasse.

Gründungsfeft.

Anfang präzis 6 Uhr. — Eintritt für eine Person 40, an der Kasse 50, für Mitglieder 25 kr.

Schuhmacher-Gewerkschaft in Wien.

In der Schuhmacher-Gewerkschaft bestehen gegenwärtig folgende Unterrichte: Dienstag von 1/2 8—1/2 10 Uhr Elementar- und französischer Sprachunterricht. — Donnerstag von 1/2 8—1/2 10 Uhr Buchhaltung. — Freitag von 1/2 8—1/2 10 Uhr Buchhaltungs- unterricht. — Samstag von 1/2 8—1/2 10 Uhr französischer Sprach- unterricht. — Sonntag von 2—3 Uhr Buchhaltungsunterricht, von 3—5 Uhr Tanzunterricht.
Sämtliche Unterrichte finden in der Zentrale, 7. Bezirk, Kaiserstraße 96 statt.

Gewerkschaftsverein der Bäcker in Wien.

Die Arbeitsvermittlung findet im Vereinslokale, 7. Bezirk, Neubaugasse 55, Montag und Donnerstag statt.

Union der Wiener Metzlarbeiter.

Die Arbeitsvermittlung befindet sich 4. Bezirk, Favoriten- straße 4, Gasthaus „zum wilden Mann“. Die Vermittlung findet, statt: Montag und Samstag von 8 bis 9 Uhr abends und Son- tag von 9 bis 10 Uhr vormittags.

Telefonnum: 3. Bezirk, Marzergasse, „Sollensaal“. 2. Bezirk, gr. Pfarrg., Gasth. „Schwarzen Tefanten“. 10. Bez., Simmeringer- straße, Grund's Saallokalitäten. Hünfhaus, Sechshauslerstraße, Saallokalitäten „zum alten Brauhause“, Hernals, Kirchengasse 40. Vereinsabend jeden Samstag von 8—1/2 9 Uhr.

Unterstützungs- und Fortbildungsgewerks der Drechsler in Wien.

Die Arbeitsvermittlung findet im Vereinslokale, 6. Bezirk, Keglbigasse 19, jeden Montag, Dienstag, Mittwoch und Samstag von 1/2 8—9 Uhr abends statt. — Einschreibungen an genannten Tagen.

Wien. Sonntag den 24. April, um 3 Uhr nach- mittags, findet in Girisch's Gasthaus „zur alten Wald- schnepe“, Gumpendorferstraße 48, die Monatsversamm- lung des Gewerkschaftsvereines und Krankenkasse der Maurer und Steinmetze mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht der Sektionen. 2. Aufstellung eines Wal- komitees. 3. Anträge und Interpellationen.

Wien. Montag den 25. April, 1/2 7 Uhr abends, findet in Doubal's Gasthaus in Sechshaus, die Monats- versammlung des Gewerkschaftsvereines der Stularbeiter und Arbeiterinnen Wiens statt. — Die Mitglieder wer- den ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Osternmontag den 18. April, um 9 Uhr vormittags, in Sobel's Bierhalle in Hünfhaus,

freie Tischlerversammlung.

Tagesordnung: 1. Die Regierungsvorlage der neuen Gewerbeord- nung. 2. Der Normarbeitstag. 3. Die Presse. — Alle Tischler müssen am Plage sein.

Osternmontag den 18. April, um 1/2 10 Uhr vormittags, im Hernaller Brauhause, Brauhausgasse,

freie Maurer- und Steinmetzversammlung.

Tagesordnung: 1. Die gegenwärtige Lage der Maurer und Stein- metze. 2. Die Kantinenwirtschaft. 3. Anträge und Interpellationen.

Wien. Montag den 18. April, 9 Uhr vormittags, in Bilz' Bierhalle, 6. Bez., Kahlgasse, freie Schrei- der versammlung. Tagesordnung: 1. Die Ge- werbeordnung. 2. Die Presse.

Wien. Montag den 18. April, 9 Uhr vormittags, in Sobel's (vorderen) Saallokalitäten, freie Schu- macher versammlung. Tagesordnung: 1. Die Gewerbeordnung und Referat über die in der nieder- österreichischen Handels- und Gewerbeämter stattgefun- denen Expertise. 2. Die Presse in Bezugnahme auf das Fachblatt.

Arbeiter-Bildungsverein in Floridsdorf.

Sonntag den 16. April, 7 Uhr abends, im Vereinslokale, Monatsversammlung. Tagesordnung: 1. Vereinsange- legenheiten. 2. Vortrag. — Mitglieder, ersehen zahlreich!

Floridsdorf. Ostermontag den 17. April, um 2 Uhr nachmittags, in Ender's Restauration „zur Lokomotivfabrik“ in Gr.-Zelbersdorf,

Volkversammlung.

Tagesordnung: 1. Die internationale Arbeiterschutzgeset- zgebung und die Gewerbeordnung. 2. Die industriellen Arbeiter gegenüber den landlichen. 3. Die Presse.

Kindberg. Den scheidenden Genossen und Mit- gliedern Josef Heinrich und Franz Fandlbauer unser herzlichstes brüderliches A e b e w o ! !

Der Ausschuss.

Freiwaldau. Der hiesige Arbeiter-Bildungs- und Unterstützungsverein hält Sonntag den 1. Mai 1881 im Gasthause „zum Ditterhof“ sein

erstes Gründungsfeft

ab, wozu alle Genossen von nah und fern eingeladen sind. —

Sternberg. Lokalveränderung. Der all- gemeine Arbeiter-Beleverein befindet sich jetzt: Restaura- tion „zum Hasen“, Olmützerstraße 43.

Öffentliche Dankagung. Wir sprechen all den Vereinen und Genossen, und zwar von Prohmitz, Bärn, Schönberg, Bräna, Römerstadt, Gloggnitz, Wels, Dieselg-Biala, Warnsdorf, Steyr, Aggersdorf, Graz, Neutitschein, Schönborn und Budapest, welche zur Ver- mehrung der Bibliothek Geschenke gemacht haben, den verbindlichsten Dank aus. [60]

Der Ausschuss des allgemeinen Belevereines für Sternberg und Umgebung.

Alte Parteiblätter.

„Volkstaat“, „Volkswille“, „Vorwärts“ (Leipzig), „Volkst- stimme“ u. s. w. werden zu kaufen gesucht. Offerte, respektive Sendungen sind zu richten an F. Schlegl, Sackstraße 13, Graz.

Für einen Parteigenossen ist ein Bett zu ver- mieten. — Neu-Perchenfeld, Neumaiergasse 11, Tür 3.

Radschmelzer,

welcher Lichtigkeit nachweisen kann, wird für Oesterreich mit zehn Gulden Gehalt per Woche und freies Quartier gesucht. — An- träge unter „Lichtigkeit“ an die Expedition dieses Blattes.

Die nächste Nummer erscheint am 28. April.

(Die in Klammern beschrifteten Nummern bedeuten den Preis der Annoncen.)

Herausgeber und Verleger: Franz Koch, Andreas Grasse, August Potlitz, Heinrich Bohe, Anton Christoph.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Koch.

Druck von W. Jacobi, Wien, Stadt, Schottenturm 6.